Selbstbestimmung in der digitalen Welt

Über die Vorteile eines ebenenübergreifenden normativen Basiskonzepts für die empirische Erforschung der digitalen Kommunikation

Hartmut Wessler / Patrik Haffner / Eike Mark Rinke

Diese Einleitung zum Themenheft entwickelt ein normatives Konzept von Selbstbestimmung unter den Bedingungen digitaler Kommunikation, das die individuelle und die kollektive Ebene miteinander verbindet. Dazu greift die Einleitung die drei empirischen Dimensionen von individueller Selbstbestimmung auf, die Ryan und Deci in ihrer motivationspsychologischen Selbstbestimmungstheorie unterscheiden – Autonomie, Kompetenz und soziale Verbundenheit – und überträgt sie auf die kollektive Ebene. Kollektive Selbstbestimmung betrifft in der Autonomiedimension die Institutionen und Regeln einer demokratischen Kommunikationsordnung, in der Kompetenzdimension die politischen Kompetenz- und Einflussüberzeugungen der Bürger/innen („political efficacy") und in der Dimension der sozialen Verbundenheit geteilte kommunikative Räume auch über Lagergrenzen hinweg. Mit dieser Bestimmung von Selbstbestimmung in der digitalen Welt können einerseits ebenenübergreifende Wirkprozesse identifiziert und andererseits gesellschaftliche Problemlösungsbedarfe und -potenziale besser fokussiert werden. Abschließend werden die Beiträge des Themenheftes den drei empirischen Dimensionen und zwei Ebenen von Selbstbestimmung zugeordnet und in ihrer jeweiligen normativen Relevanz charakterisiert.

Schlüsselwörter: Selbstbestimmung, Autonomie, Kompetenz, soziale Verbundenheit, normative Theorie, empirische Forschung, digitale Kommunikation

Warum soll sich die Kommunikationswissenschaft mit Selbstbestimmung beschäftigen? Ist Selbstbestimmung nicht ein Begriff, der in der Kommunikationswissenschaft gar nicht eingeführt ist, den wir eher aus der Politischen Theorie, der Psychologie oder der Rechtswissenschaft kennen? Ja und nein. Eine explizite Verwendung des Begriffs Selbstbestimmung ist in der Kommunikationswissenschaft bislang in der Tat auf einzelne Teilgebiete beschränkt und findet sich ansonsten in verschiedenen unserer Nachbardisziplinen. Bei genauerer Betrachtung bilden Vorstellungen von Selbstbestimmung allerdings bereits jetzt sehr häufig einen impliziten normativen Bezugspunkt der kommunikationswissenschaftlichen Forschung.

Das Themenheft möchte solche impliziten Bezüge explizit machen, theoretisch stärker ausarbeiten und mit den existierenden Theorie- und Forschungssträngen zur individuellen und kollektiven Selbstbestimmung in wichtigen Nachbardisziplinen verbinden. In dieser Einleitung möchten wir zunächst zeigen, dass der Rückbezug auf Selbstbestimmung das Verständnis der digitalen Transformation in der öffentlichen und privaten Kommunikation nicht nur vertiefen und verbessern kann, sondern auch auf Problemlösungsbedarfe und -chancen fokussieren hilft.[1]

1 Das Themenheft versammelt Beiträge, die im Rahmen der 63. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft zum Thema „Selbstbestimmung in der digitalen Welt" im Mai 2018 in Mannheim präsentiert wurden. Die Plenumsvorträge und

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

1. Was heißt "Selbstbestimmung in der digitalen Welt"?

Selbstbestimmung ist zunächst ein Recht der Einzelnen. Bürgerinnen und Bürger haben etwa das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in Bezug auf die über sie gespeicherten Daten, das sie im Zweifelsfall auch einklagen können. Aber eine normative gehaltvolle Definition von Selbstbestimmung, die die empirische Forschung in der Kommunikationswissenschaft anleiten kann, wie wir sie hier intendieren, sollte nicht nur auf den Rechtscharakter von Selbstbestimmung schauen. Mitbetrachtet werden müssen immer zugleich die Verwirklichungsbedingungen dieses Rechts, und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen im Hinblick auf die Fähigkeiten, die erforderlich sind, und andererseits in Bezug auf technische und soziale Rahmenbedingungen, die die Chancen zur Ausübung von Selbstbestimmung schmälern können.

Unter individueller Selbstbestimmung verstehen wir demnach *das Recht, die Fähigkeit und die Chance Einzelner, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten*. Kollektive Selbstbestimmung meint analog *das Recht, die Fähigkeit und die Chance von Menschen, ein Gemeinwesen zu bilden, in dem sie ihr Zusammenleben gemeinsam regeln*. Kollektive Selbstbestimmung ist deshalb damit verbunden, dass Menschen sich an einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung beteiligen und darüber auf ihr eigenes Wohlergehen einwirken können.

Sowohl individuelle als auch kollektive Selbstbestimmung sind im Kern auf Kommunikation angewiesen. Das individuelle Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, bedeutet immer auch, sich kommunikativ auf andere zu beziehen und sich selbst im Spiegel dieses Austauschs zu erfahren. Die Teilhabe Vieler an demokratischer Selbstbestimmung ist nur durch komplexe kommunikative Vermittlung möglich, durch die Entscheidungsträger und Entscheidungsbetroffene miteinander in Kontakt kommen.

Der Ausdruck „digitale Welt" ist eine Kurzformel für das (vorläufige) Ergebnis tiefgreifender Veränderungen, die im kommunikationswissenschaftlichen Kontext mindestens die folgenden drei Elemente umfassen. Zum einen haben sich quasi-monopolistische Plattform-Unternehmen wie Amazon, Facebook, Google etc. als eigenständige Machtzentren etabliert. Plattformanbieter stellen von Nutzern selbst kostenlos bereitgestellte Inhalte in algorithmisch selektierter Form zur Verfügung und monetarisieren im Gegenzug die umfassend gesammelten Daten ihrer Nutzer. Zum zweiten ist die digitale Welt von einer Dauerverfügbarkeit der verschiedensten Kommunikationsoptionen und -offerten geprägt, die über mobile Endgeräte genutzt werden können (Vorderer, 2015). Und zum dritten sind Kommunikationsprozesse (wie auch gesellschaftliche Entscheidungsprozesse insgesamt) immer häufiger durch Algorithmen gesteuert, die nach festgelegten Mustern schrittweise Entscheidungsergebnisse erzeugen. Durch neue Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz stellt sich zudem die Frage, wie stark sich automatisierte Systeme zu autonomen Agenten entwickeln, die symbiotische Handlungsbeziehungen mit Menschen ausbilden (Neff & Nagy, 2016). Plattform-Unternehmen, Dauerverfügbarkeit und Automatisierung haben unmittelbaren Einfluss auf die Chancen individueller und kollektiver Selbstbestimmung, erfordern aber auch die Entwicklung neuer Fähigkeiten und partiell wohl auch die Neufassung von Rechten. Wir stellen also Selbstbestimmung in den Mittelpunkt, weil ihre drei normativ gehaltvollen Kernbestandteile – Rechte, Fähigkeiten und Verwirklichungschancen – durch die digitale Transformation massiv tangiert werden.

-diskussionen der Jahrestagung sind zudem auf dem YouTube-Kanal des Instituts für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Mannheim (MKW Mannheim) dokumentiert.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

2. Das Anliegen dieses Themenheftes

Wir möchten im Folgenden eine Heuristik vorstellen, die auf Beiträgen zur Erforschung von Selbstbestimmung in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen beruht und diese in einen Innovationsimpuls für die Kommunikationswissenschaft umsetzt. Mit der psychologischen Selbstbestimmungstheorie (im Folgenden abgekürzt als SDT für "Self-Determination Theory") von Ryan und Deci (2017) existiert für die Ebene der individuellen Selbstbestimmung ein mehrdimensionales Konzept, das auch in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung zunehmend Verwendung findet (siehe unter anderem den Beitrag von Meier in diesem Heft). Neben einer systematischeren Ausarbeitung und Anwendung der SDT in der medienpsychologischen Forschung schlagen wir vor, die darin enthaltene analytische Dreiteilung von Selbstbestimmung in die empirischen Dimensionen der Autonomie, Kompetenz und sozialen Verbundenheit von der Individual- auf die Kollektivebene zu übertragen (siehe Tabelle). Dabei kommen Aspekte kollektiver Selbstbestimmung in den Blick, deren Bedeutsamkeit sich durch den Bezug auf das gemeinsame normative Basiskonzept erschließt. Zugleich fließen hier Impulse aus der Philosophie und politischen Theorie, speziell der Demokratietheorie, ein (vgl. den Beitrag von Krainer in diesem Heft). Bei der ebenenübergreifenden Ausbuchstabierung von Selbstbestimmung für die kommunikationswissenschaftliche Forschung geht es also um Innovation durch Integration verschiedenartiger Impulse aus den Nachbardisziplinen, ein Verfahren, das ja die Theoriebildung in der Kommunikationswissenschaft seit Langem prägt (Hasebrink, 2017).

2.1. Individuelle Selbstbestimmung

In ihrer *motivationspsychologischen Selbstbestimmungstheorie* unterscheiden Ryan und Deci (2017; siehe auch Deci & Ryan, 2002) drei Dimensionen von Selbstbestimmung, welche zusammengenommen als empirische Bedingungen der Möglichkeit von Selbstbestimmung zu verstehen sind. Demnach kommt Selbstbestimmung eben nicht nur durch *Autonomie*erleben, sondern auch durch das Bedürfnis nach *Kompetenz* (also das Gefühl, auf die als wichtig erachteten Sachverhalte im Sinne der eigenen Ziele effektiv einwirken zu können) sowie durch den Wunsch nach *sozialer Verbundenheit* zustande. Die Selbstbestimmungstheorie der beiden Autoren ist seit ihrer ersten Formulierung verschiedentlich weiterentwickelt worden. Von besonderer Bedeutung für das Themenheft ist dabei die in der aktuellen Fassung der SDT zentrale Unterscheidung zwischen autonomen (selbstbestimmten) und kontrollierten (fremdbestimmten) Motivationen. Hier wird ein Spannungsverhältnis aufgemacht, das zu der zentralen Frage führt: Inwiefern können soziale Normen zu individueller Selbstbestimmung beitragen oder diese umgekehrt einschränken? Und unter welchen Bedingungen lassen sich demzufolge welche Funktionen und Wirkungen sozialer Normen mit Hinsicht auf Selbstbestimmungserfahrungen erwarten? Konkreter: Unter welchen Bedingungen können soziale Normen als kontrollierte extrinsische (fremdbestimmte) Motivation empirisch zu autonomer extrinsischer (selbstbestimmter) Motivation werden?

Diesbezügliche Fragen werden von Deci und Ryan insbesondere im Rahmen einer Sub-Theorie der SDT behandelt, der sogenannten „Organismic Integration Theory" (OIT). Digitale Medien, insbesondere soziale Netzwerkseiten wie Facebook und andere, können daher aus der Perspektive der SDT als spezifische soziale Kontexte charakterisiert und erschlossen werden, die der Erfüllung der drei Grundbedürfnisse von Kompetenz, Autonomie und Verbundenheit auf spezifische Weise zu- oder abträglich sind. So kann etwa die individuelle Aneignung sozialer Netzwerkmedien in der Alltagskom-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

munikation den Nutzern auf dem Wege der Entwicklung geteilter Nutzungsnormen neue Möglichkeiten des Empfindens von Gemeinschaft eröffnen und damit das Bedürfnis nach sozialer Verbundenheit befriedigen (siehe den Beitrag von Müller & Zillich in diesem Heft). Die Normen, die sich im Medienhandeln der Individuen herausbilden und denen das Handeln in und mit diesen Seiten dann folgt, sind dabei durchaus ambivalent. Denn einerseits eröffnen die unter den Nutzenden ausgehandelten Regeln und Konventionen spezifische Handlungsmöglichkeiten, andererseits werden Normen nicht fortlaufend im Kollektiv „formuliert" (in vielen Fällen werden sie überhaupt nicht formuliert), sondern treten den einzelnen Nutzenden ebenso als ein einschränkendes („kontrollierendes") soziales Faktum gegenüber. Individuelles Handeln hat auch jenseits des Individuums Folgen, die zum großen Teil unbeabsichtigte Nebenfolgen sein können, deshalb aber nicht weniger wirkmächtig sind. Die Perspektive der SDT ermöglicht es, solch komplexe Nebenfolgen für die individuelle Autonomie, Kompetenz und Verbundenheit im Medienhandeln differenziert empirisch zu untersuchen.

2.2. Kollektive Selbstbestimmung

Mindestens ebenso fruchtbringend erscheint uns eine zweite analytische Verwendung der SDT-Kategorien im Kontext digitaler Kommunikation, nämlich die Transposition der Dreiteilung von Autonomie, Kompetenz und Verbundenheit von der individuellen auf die kollektive Ebene. Wir haben kollektive Selbstbestimmung oben im Sinne einer normativ gehaltvollen Definition als das Recht, die Fähigkeit und die Chance von Menschen bestimmt, ein Gemeinwesen zu bilden, in dem sie ihr Zusammenleben gemeinsam regeln. Wenn wir die empirische Dimensionierung von Deci und Ryan auf die Herstellung kollektiver Selbstbestimmung unter Bedingungen der digitalen Kommunikation anwenden, können wir fragen: Was bedeuten Autonomie, Kompetenz und Verbundenheit für Kollektive in der digitalen Welt? Die Tabelle gibt eine Vorstellung davon, welche Phänomene und Fragen aus dieser Perspektive in den Vordergrund rücken, die die Kommunikationswissenschaft in den letzten Jahren verstärkt, zum Teil aber auch schon länger beschäftigen.

Tabelle: Dimensionen und Aspekte kollektiver Selbstbestimmung in der digitalen Welt

Empirische Dimension von Selbstbestimmung	*Zentraler normativer Aspekt kollektiver Selbstbestimmung*	*Beispiel*	*Gegenbeispiel*
Autonomie	Gestaltung einer demokratischen Kommunikationsordnung	Balance zwischen Vielfalts- und Qualitätssicherung	Overblocking
Kompetenz	Politische Kompetenz- und Einflussüberzeugungen (intern, extern, regierungsbezogen, epistemisch)	Protestmobilisierung online	„Fake News" / aktuelle Desinformation
Soziale Verbundenheit	Geteilte kommunikative Räume	Demokratisches Zuhören	Echokammern

In der *Autonomiedimension* betrifft kollektive Selbstbestimmung die normativ wichtige Frage, wie gesellschaftliche Institutionen und Regeln beschaffen sein müssen, damit Menschen auf die Gestaltung ihres Gemeinwesens in abgestimmter und transparenter

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Weise einwirken können. Diesen Aspekt hat etwa die politische Theoretikerin Iris Marion Young im Blick, wenn sie argumentiert, dass kollektive Selbstbestimmung nur unter Bedingungen einer institutionellen Ordnung möglich ist, in der die Autonomie von Kollektiven durch eine produktive Institutionalisierung ihrer unvermeidlichen Interdependenzen sichergestellt wird (vgl. Young, 2004, 2005; ebenso Levy, 2008). Während Young dabei an das „große Ganze" und etwa föderale politische Strukturen denkt, betrifft dies bezogen auf digitale Kommunikation insbesondere die Frage, wie eine gelungene Regulierung digitaler Kommunikation aussehen kann, wobei Gelingen hier im Kern bedeutet, dass wesentliche Grundwerte in einer für die meisten Gesellschaftsmitglieder akzeptablen Weise ausbalanciert sind. Konkreter: Wie kann sichergestellt werden, dass möglichst viele strittige Perspektiven und Anliegen frei und öffentlich zu Wort kommen, dass also Angebots-, Akteurs- und Meinungsvielfalt herrschen, und gleichzeitig eine konstruktive inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Perspektiven und Anliegen möglich ist, die eine kollektive Meinungs- und Willensbildung unterstützt?

Die Meinungsäußerungsfreiheit und die Qualität öffentlicher Debatte in digitalen Medien sind nicht automatisch deckungsgleich, sondern müssen durch kollektiv bindende Arrangements in eine Balance gebracht werden. Die Diskussion um das 2018 in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland macht diese Dimension von kollektiver Selbstbestimmung deutlich. Strittig war im Kern, ob die Pflicht, illegale Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen, die sozialen Netzwerkunternehmen dazu verleitet, vorsichtshalber auch einige legale Inhalte zu löschen (sog. Overblocking). Das Ziel, illegale Inhalte schneller von sozialen Netzwerkseiten entfernen zu lassen (Qualität der Debatte), kollidiert dabei mit dem Ziel, möglichst viele Perspektiven ungehindert zu Wort kommen zu lassen (Meinungsäußerungsfreiheit). Entscheidend ist hier, dass Autonomie nicht individuell als freie Meinungsäußerung verstanden wird, sondern kollektiv als Prozess der Abwägung und Institutionalisierung einer – historisch variablen – Balance zwischen unterschiedlichen Zielwerten. In dieser Perspektive ist Autonomie damit auch als Prozess der Ausgestaltung einer demokratischen Kommunikationsordnung in Zeiten digitaler Kommunikation zu verstehen.

In der *Kompetenzdimension* ist kollektive Selbstbestimmung weitgehend gleichbedeutend mit dem Konzept der politischen Kompetenz- und Einflussüberzeugungen („political efficacy"; vgl. Pingree, 2011; Gil de Zúniga, Diehl, & Ardévol-Abreu, 2017). In der Forschung in diesem Bereich wird in der Regel zwischen „internal efficacy" (der Wahrnehmung von Individuen, dass sie persönlich qualifiziert und in der Lage sind, politische Entscheidungen zu beeinflussen) und „external efficacy" unterschieden (der Wahrnehmung, dass einfache BürgerInnen die Politik beeinflussen können bzw. dass politische Eliten gegenüber den Präferenzen der BürgerInnen responsiv sind). Gil de Zùniga et al. (2017) schlagen zudem vor, die beiden Komponenten externer politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen – die Wirksamkeitsvermutung in Bezug auf einfache Bürger einerseits und die Responsivität des politischen Systems andererseits – voneinander zu trennen, und bezeichnen die letztere Komponente als Wirksamkeit der Regierung („government efficacy"). Eine weitere relevante Form der (Selbst-)Wirksamkeit wiederum stellen sogenannte epistemische politische Kompetenz- und Einflussüberzeugungen dar, d. h. die Wahrnehmung von Individuen, dass sie persönlich die Wahrheit in politischen Fragen herausfinden können (Pingree, 2011).

Natürlich sind externe politische Kompetenz- und Einflussüberzeugungen und government efficacy nicht gleichbedeutend mit tatsächlichen Einflusschancen und der tatsächlichen Responsivität politischer Institutionen; es steht aber zu erwarten, dass solche Wahrnehmungen etwa die politische Mediennutzung in der Bevölkerung und mittelbar

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

auch das politische Verhalten verschiedener Akteursgruppen beeinflussen können. Direkter ist die Verbindung bei internen und epistemischen politischen Kompetenz- und Einflussüberzeugungen, da hier die subjektive Wahrnehmung unmittelbar die eigene persönliche Handlungsfähigkeit betrifft und daher direkter auf diese durchschlägt. Für die kollektive Selbstbestimmung in der digitalen Welt ist es daher entscheidend, a) wie BürgerInnen digitale Medien zum aktiven Eingreifen in politische Prozesse nutzen, und b), ob die digitale Medienumgebung die Kompetenz- und Einflussüberzeugungen der Bürger unterstützt oder behindert. Ein Beispiel für digitales politische Engagement wäre die Nutzung sozialer Netzwerkseiten für die Protestmobilisierung (siehe Tabelle; vgl. den Beitrag von Badr & Richter in diesem Heft). Abträgliche Wirkungen der digitalen Medienumgebung für epistemische politische Wirksamkeit sind bei massivem Auftreten von „Fake News", verstanden als verschiedene Formen aktueller Desinformation (vgl. den Beitrag von Zimmermann & Kohring in diesem Heft), zu vermuten, weil verbreitete Desinformation ein Klima der Verwirrung im Hinblick auf politische Fakten und Wahrheiten verstärken können. Welche konkreten empirischen Zusammenhänge sich auch immer zeigen werden, digitale Medien sind als Input wie als Output mit politischer Wirksamkeit als einer zentralen Komponente kollektiver Selbstbestimmung verbunden.

Auf der *Dimension der sozialen Verbundenheit* schließlich manifestiert sich kollektive Selbstbestimmung im normativen gehaltvollen Sinne v. a. in der Existenz geteilter kommunikativer Räume auch über Lagergrenzen hinweg. Geteilte kommunikative Räume können prinzipiell auf zwei verschiedene Arten entstehen. Sie können sich zum einen dadurch bilden, dass Menschen sich in ihrer Kommunikation auf einen gemeinsamen Bezugspunkt hin orientieren, etwa indem sie eine gemeinsame Wahrnehmung der wichtigsten Themen entwickeln (Agenda-Setting) oder indem sie das gleiche Deutungsrepertoire bei der Beurteilung dieser Themen zugrunde legen (Framing). Im Hinblick auf solche gemeinsamen Bezugspunkte der Kommunikation werfen digitale Medien neue Fragen auf, weil sie die Möglichkeiten für selektive Zuwendung zu Kommunikationsofferten vervielfachen und diese Offerten zudem algorithmisch personalisiert werden (vgl. den Beitrag von Geiß et al. in diesem Heft). Zum anderen entstehen geteilte kommunikative Räume dadurch, dass sich die Kommunizierenden gegenseitig als solche und mit ihren Kommunikationen wahrnehmen und dann gegebenenfalls auch austauschen.

Der größte Teil der Forschung widmet sich bislang den drastisch angestiegenen Äußerungsmöglichkeiten, die die digitale Kommunikation bereithält. Vernachlässigt wird dabei oft die komplementäre Operation, nämlich das Zuhören (Dobson, 2014; Rinke & Moy, 2018) wie auch das Gefühl des Gehörtwerdens nach dem Sprechen. Erst Sprechen und Zuhören gemeinsam führen dazu, dass öffentliche Kommunikation kollektive Selbstbestimmung in einem normativ wertvollen Sinne unterstützt, weil nur durch die Kombination beider Operationen so etwas wie eine gemeinsame Willensbildung entstehen kann. Digitale Kommunikation wirft auch hier neue Fragen auf, insbesondere die nach der Entstehung von Echokammern, in denen sich NutzerInnen immer wieder den gleichen Botschaften aussetzen und so ihre Positionen verstärken und möglicherweise auch extremer werden (siehe Tabelle). Die verfügbaren empirischen Daten zu diesem Phänomen legen bislang den Schluss nahe, dass sich Echokammern auf kleinere Gruppen von MediennutzerInnen beschränken (Dubois & Blank, 2018; van Aelst et al., 2017). Wie auch immer die Befunde sich in Zukunft entwickeln werden, die soziale Verbundenheit gerade von Gruppen, die sich sozial und von den politischen Positionen her fernstehen, bleibt eine normativ bedeutsame Komponente kollektiver Selbstbestimmung.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

2.3. Vorteile einer ebenenübergreifenden und normativen Perspektive

Das skizzierte ebenenübergreifende und mehrdimensionale Konzept von Selbstbestimmung unter Bedingungen digitaler Kommunikation hat zwei weitere Vorteile, die schon angeklungen sind: Zum einen kann das Selbstbestimmungskonzept, gerade weil es individuelle und kollektive Prozesse der Selbstbestimmung gleichermaßen umfasst, auch *ebenenübergreifende Wirkprozesse* freilegen helfen. So schärft das Konzept den Blick dafür, wie die Ausübung individueller Selbstbestimmung etwa im Rahmen von Hassrede im Internet (neben Folgen für die angegriffenen Individuen und die Angreifer) auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene Folgen zeitigt. Massenhafte Hassrede kann, selbst wenn sie nicht in organisierter Form produziert wird, den gesellschaftlichen Diskurs so vergiften, dass die Ausübung kollektiver Selbstbestimmung, insbesondere im Sinne der Herstellung geteilter kommunikativer Räume, bedroht ist.

Ebenso ist die Herausbildung von datenschutzrechtlichen Kompetenzen und privatheitsbezogenen Kritikfähigkeiten bei Bürgern nicht isoliert zu betrachten, sondern kann als Voraussetzung für eine aktive Einflussnahme auf staatlich durchgeführte Privatheitsregulierungen und somit für kollektive Selbstbestimmung auf der Makroebene angesehen werden (vgl. den Beitrag von Masur in diesem Heft). Aber auch die Emergenz neuer sozialer Regeln und Praktiken in Teilbereichen der Online-Kommunikation kann als nicht-intendierte Nebenfolge individueller Handlungen aufgefasst werden (siehe die Beiträge von Müller & Zillich sowie von Reißmann & Hoffmann in diesem Heft). Solche Emergenzphänomene ergänzen in der ebenenübergreifenden Perspektive die schon etabliertere Analyse von Einflüssen der gesamtgesellschaftlichen und organisationalen Ebene auf die Konditionierung individuellen Handelns und damit auf die Chancen zu individueller Selbstbestimmung. Denken wir etwa an die handlungsbeschränkenden Wirkungen des Software-Designs durch die sozialen Netzwerke, die der ökonomischen Logik folgend im Wesentlichen Aufmerksamkeit und Verweildauer maximieren wollen, nicht Diversität der Sichtweisen oder gehaltvollen Austausch.

Schließlich trägt ein ebenenübergreifender normativer Begriff von Selbstbestimmung auch dazu bei, gesellschaftliche Problemlösungsbedarfe und -potenziale zu fokussieren. Nur ein gut ausgearbeitetes und theoretisch breit abgestütztes normatives Basiskonzept hilft wirklich dabei, die konkreten normativen Gestaltungsansprüche an die gesellschaftliche Kommunikation wie auch das angemessene Anspruchsniveau zu spezifizieren, die notwendig sind, um relevante Probleme zu identifizieren und Lösungsphantasie zu entfachen. Nicht zufällig greifen zivilgesellschaftliche Initiativen der Problembearbeitung – so etwa beim schon genannten Problem der Hassrede zu Vernetzungs- und Best-Practice-Initiativen wie das-nettz.de – implizit wie explizit auf den Begriff der Selbstbestimmung als Leitmotiv zu (im genannten Fall z. B. durch die Betonung eines nutzergetriebenen „User Centered Designs“).

Worin besteht im Lichte der bisherigen Ausführungen nun der Charakter der Innovation, die wir mit diesem Themenheft vorschlagen, und worin besteht er nicht? Wir schlagen der Kommunikationswissenschaft kein neues Teilgebiet oder Nischenfeld der „Selbstbestimmungsforschung“ vor. Dazu ist der Begriff zu integrativ und ebenenübergreifend; er erhebt einen Orientierungsanspruch nicht für die Ränder, sondern gerade für den Mainstream unseres Faches. Bei unserem Vorschlag handelt sich auch nicht um ein Sprachspiel, das alten Wein in neuen Schläuchen verkauft, indem es der ohnehin existierenden kommunikationswissenschaftlichen Forschung ein neues, trendiges Etikett aufklebt. Dafür eignet sich der Begriff der Selbstbestimmung schon deshalb nicht, weil er zu traditionsreich und bedeutungsvoll, zu tief im kulturellen Selbstverständnis

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und den institutionellen Strukturen der Demokratien verankert und mithin nicht trendig genug ist.

Umgekehrt handelt es sich bei unserem Vorschlag aber auch nicht um den Versuch eines Umsturzes aller herkömmlichen Gewissheiten, nicht um eine Neufassung der Grundbegriffe, Gegenstandsdefinitionen, Theorien und Methoden, die die Kommunikationswissenschaft bislang auszeichneten (siehe Hepp, 2016, sowie die daran anschließende Diskussion). Dazu liegt der normative Gehalt von Selbstbestimmung zu nah an den meist impliziten Anliegen, die einen bedeutsamen Teil der kommunikationswissenschaftlichen Forschung auch bisher schon motivierten. Schließlich beinhaltet unser Vorschlag auch kein spezifisches politisches Projekt (wie etwa die „demokratische Postwachstumsgesellschaft" bei Krüger & Meyen, 2018). Dazu ist Selbstbestimmung im hier vorgetragenen Sinne einerseits zu konsensfähig (wer ist schon gegen Selbstbestimmung?) und andererseits zu sehr auf theoretischen Fortschritt als das eigentliche Aktivitätszentrum und den zentralen Motor der wissenschaftlichen Betätigung orientiert.

Unser Vorschlag zielt stattdessen auf ein systematisch geschärftes Bewusstsein für die vernünftigen normativen Ansprüche, die die Wahl und Bearbeitung der Gegenstandsbereiche des Faches prägen und deshalb unsere Forschung bewegen sollten, sowie für die daraus resultierenden Lösungsbedarfe und -potenziale. Er zielt auf theoretischen und (erst daraus abgeleiteten!) praxisbezogenen Ideenreichtum und stellt ein Beispiel für das dar, was wir – in Abgrenzung zu affirmativer und politisierter Wissenschaft – als normativ engagierte Wissenschaft bezeichnen möchten.

3. Die Beiträge des Themenheftes

Zur analytischen Verortung der Beiträge dieses Themenheftes greifen wir die oben eingeführten Unterscheidungen zwischen individueller und kollektiver sowie zwischen den drei empirischen Kerndimensionen von Selbstbestimmung auf. Die Einordnung der Beiträge nach ihrem jeweiligen primären – oft aber nicht ausschließlichen – Erkenntnisfokus in das so aufgespannte Forschungsfeld legt dabei den systematischen Zusammenhang wie auch die Vielfalt der im Heft versammelten Auseinandersetzungen mit Fragen der Selbstbestimmung in der digitalen Welt offen. Sie zeigt zugleich exemplarisch die Vielfalt analytisch voneinander abzugrenzender Untersuchungsperspektiven in diesem Feld auf (Abbildung).

Beiträge auf der Ebene individueller Selbstbestimmung fragen demnach, wie oben beschrieben, danach, ob und wie wir unsere Bedürfnisse nach Autonomie, Kompetenz und sozialer Verbundenheit durch die Nutzung digitaler Medien befriedigen können und welche Folgen dies für das Recht, die Fähigkeit und/oder die Chance Einzelner auf ein Leben nach eigenen Vorstellungen hat. Beiträge auf der Ebene kollektiver Selbstbestimmung wiederum fragen nach den verschiedenen Aspekten einer Erfüllung dieser Bedürfnisse auf Ebene der Gesellschaft und ihrer Kommunikationsstrukturen, also inwieweit sich gesellschaftliche Verständigungs- und öffentliche Meinungsbildungsprozesse mit dem Ziel eines demokratischen Gemeinwesens in der digitalen Welt realisieren lassen.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Abbildung: Themenheft-Beiträge zu empirischen Dimensionen individueller und kollektiver Selbstbestimmung in der digitalen Welt

Kollektive Selbstbestimmung	Organisationsgebundene ethische Entscheidungsfindung (Krainer) Selbstbemächtigung in Fanfiction-Kulturen (Reißmann & Hoffmann)	Strategische Desinformation (Zimmermann & Kohring) Protest als kollektive Selbstbestimmung (Badr & Richter)	Fragmentierung der Themenhorizonte (Geiß et al.) Regelbildung in sozialen Netzwerken (Müller & Zillich)
Individuelle Selbstbestimmung	Digitale Autonomie und Wohlbefinden (Meier)	Online-Privatheitskompetenz (Masur)	
	Autonomie	*Kompetenz*	*Soziale Verbundenheit*

Individuelle Selbstbestimmung

Den Auftakt des Themenhefts bilden vier Beiträge, die unterschiedliche Phänomene individueller Selbstbestimmung durch die Nutzung digitaler Medien untersuchen.

Adrian Meier widmet sich in seiner Studie *„Alles eine Frage der digitalen Autonomie?"* der selbstbestimmten Nutzung digitaler Medien in der interpersonalen Kommunikation. Vor dem Hintergrund der Selbstbestimmungstheorie von Deci und Ryan untersucht er, inwieweit sich individuelle Unterschiede im Autonomieerleben während der alltäglichen digitalen Kommunikation auf unser Wohlbefinden auswirken. Hierzu wird das Konzept der digitalen Autonomie als neues fruchtbares Konzept zur Differenzierung positiver und negativer Wirkungen von digitaler Kommunikation auf das individuelle Wohlbefinden eingeführt. Die Kernthese, wonach sich eine höhere digitale Autonomie sowohl positiv auf die Befriedigung allgemeiner psychologischer Grundbedürfnisse als auch auf die psychische Gesundheit auswirkt, wird anhand einer groß angelegten Tagebuchstudie untersucht.

In welchem Maße die Nutzer von sozialen Netzwerkseiten ihr Medienhandeln im Rahmen der strukturellen Möglichkeiten des Mediums selbstbestimmt ausgestalten, diskutieren Kathrin Friederike Müller und Arne Freya Zillich in dem Beitrag *„Wie man auf Facebook kommunizieren sollte"*. Die Autorinnen argumentieren, dass die Nutzungsnormen nicht nur institutionell vorgegeben sind, sondern auch das Ergebnis einer Aushandlung unter den Nutzern darüber darstellen, wie man auf Facebook kommunizieren sollte, und dass sich diese im Laufe der Zeit wandeln. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich auf Facebook ein geteiltes Set injunktiver Nutzungsnormen als ermöglichende und gleichzeitig beschränkende Strukturbedingungen des individuellen Nutzerverhaltens etabliert hat, und dass sich die Nutzungsweisen auf Facebook im Laufe der Zeit in Richtung einer reduzierten Selbstoffenbarung verändern.

Phillip Masur diskutiert in seinem theoretischen Beitrag *„Mehr als Bewusstsein für Privatheitsrisiken"* die Bedeutung von Online-Privatheitskompetenz für die persönliche Selbstbestimmung bei der Nutzung digitaler Medien. Der Autor bemängelt bisherige eindimensionale Konzeptionen von Privatheitskompetenz, die diese vorrangig als bloßes

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Wissenskonstrukt operationalisiert haben. Empirische Befunde zeigen aber, dass Wissen allein nicht ausreichend ist, um privatheitsbezogene (Daten-)Schutzmaßnahmen auch umzusetzen. Der Autor schlägt stattdessen ein prozessorientiertes Modell vor und argumentiert, dass Privatheitskompetenz in der digitalen Welt als eine Kombination aus Wissen und notwendigen Reflexions- und Kritikfähigkeiten zur Umsetzung von privatheitsbezogenen Maßnahmen konzeptualisiert werden muss.

Der *„Selbstbestimmung in Fanfiction-Kulturen"* widmen sich Wolfgang Reißmann und Dagmar Hoffmann in ihrer Studie. Mit einem von den Cultural Studies inspirierten Ansatz untersuchen sie die persönliche Selbstbestimmung von Fanfiction-AutorInnen als „Selbstbemächtigung" in deren Werkschaffen vor dem Hintergrund urheberrechtlicher Spannungen und Konflikte. Anhand von Interviews und Dokumentenanalysen wird der These nachgegangen, dass sich innerhalb von Fanfiction-Kulturen ein normatives Verständnis des eigenen Tuns etabliert hat, welches dem geltenden Urheberrecht nicht diametral gegenübersteht, sondern dieses im Grundsatz bestätigt und dadurch ein selbstbestimmtes Handeln der Fanfiction-AutorenInnen erst möglich macht. Neben der individuellen Selbstbestimmung, als Gestaltungsfreiheit bei der Bearbeitung urheberrechtlich geschützter Medienprodukte, werden auch kollektive Selbstbestimmungsaspekte, als normativ kodierte „Praxislogik" mit bindendem Charakter innerhalb von Fanfiction-Communities, aufgezeigt und diskutiert.

Kollektive Selbstbestimmung

Den zweiten Teil des Themenhefts bilden vier Beiträge, die sich mit verschiedenen Phänomenen kollektiver Selbstbestimmung jenseits des einzelnen Individuums auseinandersetzen.

Larissa Krainer befasst sich in ihrem Beitrag *„Kollektive Autonomie als kommunikations- und medienethische Selbstbestimmung"* mit der Frage nach der Organisation von reflektierten, kollektiven ethischen Entscheidungsprozessen in Medienorganisationen. Anhand verschiedener kommunikations- und medienethischer Ansätze arbeitet sie hierzu zunächst die normativen Ansprüche heraus, welche die Beteiligung an kollektiven Entscheidungsprozessen betreffen. Die Autorin argumentiert, dass kollektive Selbstbestimmung das Problem aufwirft, wie die Beteiligung an Entscheidungsprozessen organisiert sein sollte, und dass die Lösung nicht in der Formulierung normativer Vorgaben seitens der Wissenschaft, sondern in der reflektierten Selbststeuerung von Kollektiven liegt. Vor diesem Hintergrund diskutiert sie auch, welches Potenzial die Vernetzung durch digitale Medien für die Verwirklichung selbstbestimmter kollektiver Entscheidungsprozesse bietet.

Vor dem Hintergrund diversifizierter politischer Informationsangebote im Internet fragen Stefan Geiß, Melanie Magin, Birgit Stark und Pascal Jürgens unter dem Titel *„‚Common Meeting Ground' in Gefahr"?*, ob personalisierte Onlineangebote in sozialen Medien eine gesellschaftsweite Fragmentierung des Publikums und damit auch eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts begünstigen. Die AutorInnen argumentieren, dass eine Verengung individueller Themenhorizonte entlang thematischer Präferenzen zu einem Verlust des „Common Meeting Ground" über gemeinschaftlich als relevant erachtete Themen führt, was sie als Voraussetzung für eine selbstbestimmte kollektive demokratische Problembearbeitung verstehen. In einer Panelbefragung werden die vermuteten Fragmentierungseffekte algorithmenbasierter Onlinequellen anhand einer innovativen dreiteiligen Operationalisierung von Fragmentierung untersucht. Der Beitrag kommt zu dem Ergebnis, dass die Nutzung sozialer Medien für die politische Information keinen Einfluss auf den individuellen Themenhorizont der Nutzer hat,

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access - (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb

umgekehrt die Nutzung klassischer Nachrichtenmedien den individuellen Themenhorizont aber erweitert.

Fabian Zimmermann und Matthias Kohring nehmen in ihrem Beitrag *„Fake News als aktuelle Desinformation"* eine theoretische Bestimmung des Begriffs „Fake News" vor, einer der aktuell wohl am intensivsten diskutierten Problematiken für öffentliche Auseinandersetzungen über Politik. Obwohl sogenannte „Fake News" die informationelle Selbstbestimmung von Individuen, und dadurch auch öffentliche Meinungsbildungs- und kollektive Selbstbestimmungsprozesse, potenziell beeinflussen können, hinkte die theoretische Beschäftigung mit dem Begriff bislang hinterher. Der Beitrag reagiert auf einen konzeptionellen Mangel in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um den Begriff der „Fake News", da bisherige Definitionen weder systematisch noch transparent sind, sondern meist einfach gesetzt werden. Aufbauend auf verschiedenen informationstheoretischen Arbeiten und Literatur zu öffentlicher Kommunikation wird systematisch eine operationale Definition des Begriffs entwickelt, mit deren Hilfe sich „Fake News" mit analytischem Gewinn als aktuelle Desinformation verstehen, empirisch identifizieren und von verwandten Phänomenen abgrenzen lassen.

„Kollektive Selbstbestimmung in Autokratien?", dieser Frage gehen Hanan Badr und Carola Richter in ihrer empirischen Untersuchung der Selbstbestimmungsbemühungen von Aktivistengruppen während der Proteste rund um den Fall „Khaled Said" in Ägypten in den Jahren 2010/2011 nach. Auf der Grundlage des Agenda-Building-Ansatzes untersuchen sie die Rahmenbedingungen, unter welchen politisch marginalisierte Aktivistengruppen mittels digitaler Medien sowohl Einfluss auf die Agenda der Mainstreammedien als auch die Deutungshoheit über den öffentlichen Diskurs gewinnen konnten. Anhand einer qualitativen Auswertung von Berichten in einer Aktivisten-Facebookseite und Interviews mit damals beteiligten Journalisten können die Autorinnen zeigen, dass die strategische Facebook-Nutzung der Aktivisten erst durch aufnahmebereite privatisierte und kommerzielle Medien eine Breitenwirkung erzielen konnte, und dass die autoritären Rahmenbedingungen bereits vor der Hochphase der Proteste teilweise erodiert waren.

Im Kontext dieses Themenhefts ermöglicht die von uns skizzierte ebenenübergreifende, normative Konzeption von individueller und kollektiver Selbstbestimmung eine genaue Analyse, welche empirische Dimension von Selbstbestimmung in einem konkreten Fall wie stark realisiert ist – ganz im Sinne der von Althaus (2012) entwickelten Prozedur des „normative assessment" (vgl. auch Rinke, Wessler, Löb, & Weinmann, 2013). Auf diese Weise kommt den hier versammelten Beiträgen ein je spezifischer normativer Stellenwert zu.

Literatur

Althaus, S. L. (2012). What's good and bad in political communication research? Normative standards for evaluating media and citizen performance. In H. A. Semetko & M. Scammell (Hg.), *Sage handbook of political communication* (S. 97–112). London, UK: Sage.

Deci, E. L., & Ryan, R. M. (Hg.) (2002). *Handbook of self-determination research*. Rochester, NY: University of Rochester Press.

Dobson, A. (2014). *Listening for democracy: recognition, representation, reconciliation*. New York: Oxford University Press.

Dubois E., & Blank G. (2018). The echo chamber is overstated: the moderating effect of political interest and diverse media, *Information, Communication & Society, 21*(5), 729–745. https://doi.org/10.1080/1369118X.2018.1428656.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Gil de Zúniga, H., Diehl, T., & Ardévol-Abreu, A. (2017). Internal, external, and government political efficacy: Effects on news use, discussion, and political participation. *Journal of Broadcasting & Electronic Media, 61*(3), 574–596. https://doi.org/10.1080/08838151.2017.1344672.

Hasebrink, U. (2017): Wen oder was integriert die Kommunikationswissenschaft? In: M. Beiler, B. Bigl (Hg.), *100 Jahre Kommunikationswissenschaft in Deutschland. Von einem Spezialfach zur Integrationsdisziplin* (S. 101–120). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Hepp, A. (2016). Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten. *Publizistik, 61*, 225–246. https://doi.org/10.1007/s11616-016-0263-y.

Krüger, U., & Meyen, M. (2018). Auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft. Plädoyer für eine transformative Kommunikationswissenschaft. *Publizistik, 63*, 341–357. https://doi.org/10.1007/s11616-018-0424-2.

Levy, J. T. (2008). Self-determination, non-domination, and federalism. *Hypatia*, *23*(3), 60–78. https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2008.tb01205.x.

Neff, G., & Nagy, P. (2016). Talking to bots: Symbiotic agency and the case of Tay. *International Journal of Communication, 10*, 4915–4931.

Pingree, J. (2011). Effects of unresolved factual disputes in the news on epistemic political efficacy. *Journal of Communication, 61,* 22–47. https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2010.01525.x.

Rinke, E. M., Wessler, H., Löb, C., & Weinmann, C. (2013). Deliberative qualities of generic news frames: Assessing the democratic value of strategic game and contestation framing in election campaign coverage. *Political Communication*, *30*(3), 474–494. https://doi.org/10.1080/10584609.2012.737432.

Rinke, E. M. & Moy, P. (2018). *Political correlates of apophatic and cataphatic listening styles*. Vortrag auf der Jahrestagung der American Political Science Association, Boston, MA.

Ryan, R. M., & Deci, E. L. (2017). *Self-determination theory: Basic psychological needs in motivation, development, and wellness*. New York, NY: Guilford Press.

van Aelst, P., Strömbäck, J., Aalberg, T., Esser, F., de Vreese, C., Matthes, J., …, Stanyer, J. (2017). Political communication in a high-choice media environment: A challenge for democracy? *Annals of the International Communication Association, 41*(1), 3–27. https://doi.org/10.1080/23808985.2017.1288551.

Vorderer, P. (2015). Der mediatisierte Lebenswandel: permanently online, permanently connected. *Publizistik, 60*, 259–276. https://doi.org/10.1007/s11616-015-0239-3.

Young, I. M. (2004). Two-concepts of self-determination. In S. May, T. Modood, & J. Squires (Hg.), *Ethnicity, nationalism and minority rights* (S. 176–195). Cambridge, England: Cambridge University Press.

Young, I. M. (2005). Self-determination as non-domination: Ideals applied to Palestine/Israel. *Ethnicities*, *5*(2), 139–159. https://doi.org/10.1177/1468796805052112.

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-395, am 12.10.2024, 07:36:19
Open Access - (cc) BY - https://www.nomos-elibrary.de/agb